

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 Kfl. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 8. Oktober 1932

Nummer 81

### Rechts- und vernunftwidrige Zumutungen!

**Dritte Verordnung**  
zur Durchführung und Ergänzung  
der Verordnung zur Vermehrung und  
Erhaltung der Arbeitslosenstellen.  
Vom 3. Oktober 1932.

Auf Grund der Verordnung zur Vermehrung  
und Erhaltung der Arbeitslosenstellen vom 5. Sep-  
tember 1932 (L. Nr. 31. S. 433) § 13 Abs. 2 wird  
verordnet:

§ 1.  
Die Erfüllung des Arbeitsvertrags nach Auf-  
gabe der Verordnung vom 5. September 1932 gilt  
als dem Tarifvertrag entsprechend. Kampfmaß-  
nahmen einer Tarifvertragspartei gegen die Durch-  
führung der Verordnung durch eine andere Tarif-  
vertragspartei oder eines ihrer Mitglieder stellen  
als Verletzung des Tarifvertrags.

§ 2.  
Die Verordnung tritt mit Rückwirkung auf den  
15. September in Kraft.  
Berlin, den 3. Oktober 1932.  
Der Reichsarbeitsminister.  
Schröder.

Vorstehende Verordnung, die in willkürlicher Weise die Tarifpartner auf Arbeitgeberseite zu unbedingten oder widerspruchslosen Hinnahme einer Vertragsverletzung verpflichtet will, ist rechtswidrig. Die unter dem Schutz des Artikels 165 der Reichsverfassung abgeschlossenen Tarifverträge sind Organisationsverträge und keine Verträge von Person zu Person, oder zwischen Einzelunternehmer oder Einzelarbeiter. Da der Artikel 165 der Reichsverfassung nicht zum Bereich des Artikels 48 der Reichsverfassung gehört, können diese Vereinbarungen der wirtschaftlichen Organisationen nicht ohne Zustimmung der vertragschließenden Organisationen auf dem Weg über Notverordnungen aus Artikel 48 willkürlich abgeändert werden. Und nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts bezieht sich die Friedenspflicht der Tarifparteien n u r auf den von den Tarifparteien selbst festgelegten Inhalt der Tarifverträge. Deshalb haben die Tarifparteien auch keine Verpflichtung, auf ihre Mitglieder dahingehend einzuwirken, sich Arbeits- oder Lohnbedingungen zu unterwerfen, die mit dem von den Tariforganisationen vereinbarten Inhalt der Tarifverträge nicht übereinstimmen.

Daß der Reichsarbeitsminister durch seine verschiedenen oder ergänzenden Verordnungen seit dem 5. September einer gegenteiligen Auffassung Geltung verschaffen will, hat mit der verfassungsmäßigen Rechtslage nichts mehr zu tun. Es läuft auf staatspolitische Diktatur hinaus. Durch die Tatsache, daß der Reichsarbeitsminister seine verfassungswidrige Durchbrechung des Vertragsrechts in der Verordnung vom 3. Oktober mit einer Rückwirkung bis zum 15. September versehen hat, gibt er selbst ungewollt zu, daß die bisher von ihm verlangte Friedenspflicht der Gewerkschaften nicht gegeben war, sondern daß es erst noch dieser dritten Verordnung bedurfte, um ihren diktatorischen Charakter zu bemänteln. Einwandfreie Rechtsgültigkeit ist aber auch damit nicht gegeben. Denn der Reichsarbeitsminister fordert unter Androhung der Haftung der Gewerkschaften von diesen eine Duldung tarifwideriger Handlungen. Das bedeutet eine willkürliche Abänderung der Vertragsrechte nach dem bürgerlichen Gesetzbuch und damit eine Umwälzung aller Grundlagen des deutschen Rechtslebens, zu der weder die Reichsregierung im allgemeinen noch der Reichsarbeitsminister im einzelnen verfassungsrechtlich bevollmächtigt sind; auch nicht der Reichspräsident!

Die Verordnung vom 5. September gestattet dem Unternehmer eine verminderte Erfüllung der sich aus dem Tarifvertrag ergebenden arbeitsvertraglichen Verpflichtungen. Weder die Verordnung vom 4. September, noch die Verordnung vom 5. September geben aber dem Reichsarbeitsminister das Recht, diese Erfüllung des Arbeitsvertrags als „dem Tarifvertrag

entsprechend“ zu bezeichnen, noch viel weniger das Recht, eine Schadenserstattungspflicht der Gewerkschaften bei Kampfmaßnahmen gegen die Durchführung der Verordnung zu konstruieren. Ob eine Friedenspflicht gegenüber den Lohnförderungsmaßnahmen der Unternehmer besteht, bleibt vielmehr nach wie vor eine Frage, die ausschließlich unter den Gesichtspunkten der Haftung aus den zwischen den Tarifparteien geschlossenen kollektiven Abkommen zu beurteilen ist. Der Tarifvertrag verpflichtet die Gewerkschaften aber nur zur Friedenspflicht gegenüber dem ursprünglichen vertraglichen Inhalt, nicht zur Duldung einer vom Tarifvertrag abweichenden Erfüllung der arbeitsvertraglichen Verpflichtungen.

Die Verordnung des Reichsarbeitsministers ist daher weder eine „Klarstellung“, noch wird sie „in den beteiligten Kreisen jeden Zweifel über die Rechtslage ausschließen und unnötige Streitigkeiten und Prozesse vermeiden“. Klargestellt ist nur, daß der Reichsarbeitsminister eine andere Meinung vertritt als die Gewerkschaften — was wir aber auch bisher schon wußten —; die Rechtslage wird von den Gewerkschaften genau so beurteilt wie zuvor.

Diese Sachlage hat am gleichen Tage der Veröffentlichung der verfassungswidrigen Verordnung vom 3. Oktober Professor Dr. Singheimer auf einer Konferenz der Deutschen Liga für Menschenrechte in Berlin mit folgenden treffenden Darlegungen gekennzeichnet: „Der Artikel 165 der Verfassung bringt die Unabhängigkeit des kollektiven Willens jedem individuellen Einspruch gegenüber zum Ausdruck. Die Notverordnung vom 5. September, und in noch viel höherem Maße die heute herausgekommene Ergänzungsverordnung verletzen die Verfassung. Sie schaffen eine Rechtsnot auf dem Gebiet des Kollektivrechts der Arbeiter. Der Arbeitgeber kann nach dieser Verordnung, unabhängig von dem Inhalt des Vertrags, ihn einseitig ändern, während der Artikel 165 der Verfassung die Mitwirkung des Arbeitnehmers festsetzt. Die heutige Notverordnung stellt einen Verstoß dar, das Streikrecht aufzuheben. In solch einem Augenblick muß man an die Worte Lassalles mahnen: 'Es kann eine Zeit kommen, da die Ware Arbeit sich als Mensch gebärden wird.' Es wird keine Schuld der Arbeiter sein, wenn sie in einen Zustand treten.“ Deshalb sind wir nach wie vor der Ansicht, daß kein Arbeiter, der sich mit seiner ganzen Kraft für eine Aufrechterhaltung seiner heutigen tariflichen Rechte auch auf dem Lohngebiet einsetzt, eine Tarifverletzung begeht, für die er oder seine Gewerkschaft mit einwandfreiem Recht haftbar gemacht werden könnten. Denn eine solche Haftbarmachung hätte keine gesetzliche Grundlage. Sie würde eine rechts- und verfassungswidrige Geltendmachung machtpolitischer Diktatur bedeuten, für die nur verfassungswidrige Klassenjustiz Hilfsdienste leisten könnte. Ob wir in Deutschland schon so weit sind, bleibt trotz aller bisherigen juristischen Entgegnungen noch abzuwarten!

Der Reichsarbeitsminister hat mit dieser Verordnung sich in den Dienst einseitiger Unternehmerinteressen gestellt. Es mag sein, daß ihn zu diesem behauerlichen Schritt allzu starke Überlegungen staatspolitischer Natur gedrängt haben. In einer Nachsichtigkeit gegenüber der Arbeiterschaft durch vernünftige Ausmerzung des Tariflohnabbaues aus seiner Verordnung vom 5. September, der überdies auch die Konkurrenzverhältnisse der Unternehmer auf eine unakzeptable Bahn verschiebt, mag er vielleicht eine Gefährdung der sogenannten Staatsautorität erblickt haben. Weider ist er sich dabei nicht bewußt geworden, daß er durch

die mit seiner jetzigen Verordnung gebedten rückichtslosen Spekulation der Unternehmer auf die Notlage der beschäftigten wie erwerbslosen Arbeiterschaft die Art an die letzten Wurzeln staatspolitischer Verbundenheit innerhalb der gesamten deutschen Arbeiterschaft gelegt und die letzten kümmerlichen Reste von Vertrauen zum Reichsarbeitsministerium bei der Arbeiterschaft aufs bedenklichste erschüttert hat.

Es kann in dieser ersten Situation nicht unsere Aufgabe sein, an dieser Stelle eingehend zu erörtern, wie sich die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit dazu stellen wird. Wir glauben nur sagen zu müssen, daß mit einer solchen diktatorischen Ausschaltung der Gewerkschaften aus diesem Kampf der deutschen Arbeiterschaft um ihre Arbeits- und Menschenrechte dieser Kampf in Formen gedrängt wird, für die keine Gewerkschaft mehr verantwortlich gemacht werden kann. Es wird sich zeigen, daß man der deutschen Arbeiterschaft zwar ihre tariflichen Löhne willkürlich beschneiden, aber sie niemals zu Arbeitsleistungen zwingen kann, die diesen Lohnraub unberücksichtigt lassen, und zwar in sinnigerweise übereinstimmung mit dem kürzlich auch von der „Zeitschrift“ zitierten alten Sprichwort: „Wer schaffen soll, muß freudig sein!“

### Unternehmerwünsche!

Unter dem Titel „Selbstenttarnung des Marxismus“ wird in einem Aufsatz im „Verbandsorgan Sächsischer Industrieller“ Nr. 38 zu der an der letzten Notverordnung von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften geübten Kritik Stellung genommen. Von den Ausführungen, die im ganzen wirklichkeitsfremd anmuten und auch die bei Unternehmerkreisen so oft anzutreffende Unverfrorenheit verateten, verdienen doch einige Stellen festgehalten zu werden. Zunächst wird behauptet, die von Sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite an der Papen-Notverordnung geübte Kritik sei nur von der Befürchtung diktiert, daß die „Erfolge“ aus den Maßnahmen der Papenregierung das Vertrauen der Anhänger marxistischer Weltanschauung zu der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften erschüttern könnten. Diese von führender industrieller Seite bekundete Meinung ist so naiv, aus ihr spricht eine solche Weltfremdheit über die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von den Maßnahmen der Papenregierung, daß man nur noch die Anmaßung bewundern könnte, mit der sich diese Seite als die „berufenen“ Wirtschaftsführer bezeichnen. Die Unverfrorenheit in dem Aufsatz steigert sich mit folgender im Wortlaut angeführter Stelle: „Es ist leider wenig bekannt, daß die frühere Regierung Brüning bereit und entschlossen war, den Gewerkschaften erhebliche finanzielle Zuwendungen zu machen, um den Zusammenbruch des ganzen Gewerkschaftsgebäudes aufzuhalten.“ Die Herren Industriellen können unbesorgt sein, das Gewerkschaftsgebäude wird aus dem Idealismus der Bewegung heraus ohne fremde Hilfe als der Hort für die Interessenwahrung der Arbeiterklasse erhalten bleiben, trotz der seit Jahren infolge der Krise außerordentlich gewachsenen materiellen Belastungen, trotz der zu stehenden schweren Kämpfe gegen die Reaktion und all ihre aus den Krisenverhältnissen heraus erkundenen Selbstherrscher. Eine Unmoral sondersgleichen ist es aber, wenn Ruhnicker, die seit Jahren aus Staatsmitteln in offener und verdeckter Form riesenhafte Subventionen für rein private Erwerbszwecke, herauspressen, wenn Zugehörige derselben Volksfraktion, denen gerade dergleichen wieder auf dem Weg über Notverordnungen Milliardenbeträge aus Steuermitteln zufließen, wenn diese selben Kreise sich entziehen, weil den Gewerkschaften a n g e b l i c h Staatshilfe zukommen soll. Aber selbst wenn die Behauptung wahr wäre, so würde eine Zuwendung aus Staatsmitteln an die Gewerkschaften, die für soziale Hilfe und kulturelle Zwecke jährlich Hunderte von Millionen Mark ausgeben, deren Kulturträchtigkeit das Ansehen deutscher Arbeit im Ausland zum wesentlichen Teil zu danken ist, eine soziale Verächtlichung beanspruchen können. Die Subventionen aus öffentlichen Mitteln an Unternehmungen in Industrie und Landwirtschaft, deren Träger ausnahmslos private Erwerbszwecke verfolgen,

Berge dagegen auch nicht den geringsten Schein eines sozialen Anrechts in sich. Solche Zuwendungen sind Raub, der seine gesellschaftliche Sanktion erhält, weil seine Ruhmstriebe zugleich ausschlaggebenden Einfluß auf die Staatsmacht besitzen.

Den Gipfel alles bisher Dagewesenen übersteigt aber der Aufschrei mit der folgenden Bemerkung: „Es bleibt noch zu erwägen, ob die Reichsregierung nicht durch Notverordnung den Gewerkschaften untersagt, von Arbeitern und Angestellten, die mit Arbeitszeitverkürzung, also auch mit gesenkten Löhnen arbeiten, Mitgliebsbeiträge zu erheben. Ob die Gewerkschaften Schäden dabei erleiden, ob sie ihren Verwaltungsapparat abbauen müssen, ist gleichgültig.“ Angesichts des immer stärker werdenden Ausbaues von Unternehmerorganisationen im nationalen und internationalen Maßstab, angesichts der fortschreitenden Ausschaltung des einzelnen Unternehmerwillens von Entscheidungen selbst über interne betriebliche Vorgänge und der Übertragung derselben auf Wirtschaftsverbände, ist das vorstehend aufgestellte Verlangen ein Stück aus dem Totenhause, abgesehen von dem Ansinn der Forderung in rechtlicher Hinsicht. Der Zeitbedarf dieses Wunsches ist aber das Sehnen nach Zerstückelung der gewerkschaftlichen Organisationen, um der Arbeiterschaft ihres Abwehrmittels gegen die vordringende Reaktion zu berauben, um sie völlig als freiwild, als willenloses Ausbeutungsojekt in den Karren privatkapitalistischer Willkürherrschaft einzuspinnen.

Die auf die Zerstückelung der gewerkschaftlichen Organisationen gerichteten Pläne werden nicht gelingen trotz aller drückenden Not der Gegenwart. Die Arbeiterschaft wird sich nicht nur den gesunden Sinn bewahren, um die Absichten des reaktionären Weltregens zu erkennen, sie wird sich auch trotz allen Drucks auf ihre Lebensbedingungen die Kraft erhalten, um ihre Grundrechte gegenwärtig und auch zukünftig wirksam verteidigen zu können.

### Vom moralischen Recht

Beruhmt wird Unfuss, Botschaft Plaque; weh dir, doch du ein Enkel bist!  
Vom Rechte, das mit uns geboren ist,  
vom dem ist, leider nie die Bräut.

Wesphothobes in Goethes „Faust“, I. Teil.

Man spricht im gemeinen Recht von Putativ-Notwehr, und wo diese gegen irgend jemand vorliegt, der dem Bedrängten nach seiner Ansicht Schaden zufügt, geht er strafrei aus. In ähnlicher Lage befindet sich gegenwärtig das deutsche Volk, soweit es Werte schafft oder — auch nicht schafft, hierzu. Ich bin nicht die Hauptquelle von Prophezeien in Angelegenheiten der allgemeinen Not noch Profit herauszufinden; aus der Hand des Volkes können schneiden, sondern neben Arbeitern, Angestellten und dem Großteil der Beamten das gewaltige Heer der Erwerbslosen und Kurzarbeiter.

Doch das so nebenbei. Das Recht, das mit uns geboren ist, das moralische Recht, heißt, daß wir nicht alle Zumutungen schweigend hinnehmen und höchstens mal die Faust in der Tasche halten, wie ein Kofriß über alle möglichen und unmöglichen „Fehler“ der Führer reden, sondern die zwingende Logik, mit der uns der gesunde Menschenverstand bedacht hat, sinngemäß anwenden. Am 8. November ist uns noch einmal — vielleicht zum endgültig letztenmal — die Möglichkeit gegeben, von der wichtigsten Waffe, die uns die demokratische Republik geschenkt hat, dem freien Wahlrecht, Gebrauch zu machen.

Wir sind es uns und unsern Kindern schuldig, daß nicht Herrenmenschen, ganz gleich ob von der Adelstafel oder den Kataken des Faschismus uns aufgezogenen, den letzten Rest erworbener Freiheiten mit brutaler Gewalt in Stücke schlägt, sondern daß bewußte planmäßige Organisation der sozialen Arbeit die Funktionen des Wirtschaftslebens grundlegend umgestaltet. Denn bisher waren wir nur den Drohen der menschlichen Gesellschaft föhig, und die Staatsmacht, von der die Arbeiterschaft ferngehalten wird, hat stets alle Kräfte unsern Schultern aufgebürdet. Immer mußten wir bluten, auch für die Sünden unsföhiger privatkapitalistischer Wirtschaftsföhler, wie wir im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung schauernd am eignen Leib spüren müssen.

Im Staatsleben wurden durch die wohlfeile Bemerkung „von Rechts wegen“ oft genug die größten Ungerechtigkeiten heillos gesprochen. Nicht ohne unsere Schuld! Der rechte Gebrauch der formalen Demokratie und das Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Volksganzen hatte uns bereits 1919 bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung die Mittel an die Hand gegeben, den Sozialstaat zu errichten, auszubauen und so festigen — aber aus lauter Prinzipienreiterei und müßigen Streit um Dinge, über die der 9. November 1918 den Schlüssel hätte hängen müssen, kamen wir über einen Achtungserfolg nicht hinaus, und der gemeinsame Klaffengegner sieht heute fester im Sattel als je und ist drauf und dran, neben dem Raub sozialer Erwerbskräfte, neben einer Steuerlast, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt, uns auch die politischen Rechte so zu beschneiden, daß wir dauernd zu Paris herabgedrückt werden sollen.

Aber wie Tyrannenmacht eine Grenze hat und der Gedröck — um mit Schiller zu sprechen — hinauf getrockneten Nutes in den Himmel greift und seine ewigen Rechte herunterholt, die drohen hängen, unverwundlich und unzerbrechlich wie die Sterne selbst, so wird und muß der Widerstand auch unserer jetzigen Nachfolger letzten Endes

**Abbau**  
auch des geistigen Niveaus?  
Kollege, Deine Antwort ist: Nun erst recht  
Büchergilde Gutenberg.

zerschellen am entschlossenen Abwehrwillen der Eisernen Front! Und nur an ihm... Zum erstenmal vielleicht in der Geschichte der Neuzeit hat sich der tiefere Sinn des Reichserbes an denen erfüllt, die glaubten, durch alzu bereitwilliges Eingehen auf Forderungen bankrotter Industriekapitäne und übergeschnappter Wirtschaftsföhler unsern Lebensstandard bis zur Unerträglichkeit verschlechtern zu können: „Wo es noch Volk gibt, da versteht es den Staat nicht, und läßt ihn als bösen Blick und Sünde an Sitten und Rechten!“

Die Massen fühlen instinktiv, daß dieser Staat, oder besser gesagt, die Methodik, die augenblicklich zur Anwendung kommen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, das Elend nur noch vergrößern, die Arbeitslosigkeit verschärfen, den sichern Untergang bedeuten müssen. Jahrzehntelange gewerkschaftliche Erziehung läßt sich bei ihrem klaffenbewußten Teil durch noch so klug ausgetüftelte Unterdrückungsmaßnahmen nicht unterbinden, aber auch das Heer der Indifferenten beginnt langsam zu begreifen, daß es sich bisher durch verantwortungslose Radikalismus am Gängelband führen ließ, und zu erkennen, wofol folgender Zerrum es war, den Pfaffen gewissenloser Maulhelden Gesellschaf zu leisten. Es heißt: Ich zur Weh!

Ein Staat, der auf der einen Seite Milliarden übrig hat, um der Hochfinanz, der Schwerindustrie, den ostelbischen Krautjüngern die Taschen zu füllen, und der anderen zur Finanzierung dieser Subventionen Mittel anwendet, die unweigerlich zur Katastrophe führen müssen, ein Staat, der mit dem verhängnisvollen Mittel operiert, die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte zu droffeln und so mit offenen Augen ins Verderben rennt, weil Einfuhrdrofflung jenseits der Grenzen Vergeltungsmaßnahmen hervorruft, die unsern Handelsbilanz nie wieder gutzumachenden Schaden zufügen, darf sich nicht wundern, daß ihm und den Plänen und Entwürfen derer, die ihn gegenwärtig repräsentieren, seitens des Volkes wenig Verständnis entgegengebracht wird...

Dieses Volk bekennt sich jenes Artikels 1 der Weimarer Verfassung, in dem es feierlich heißt: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus!“ Es entdeckt den Widerspruch zwischen schönen Worten und nackten Tatsachen, und die Klaffende Lücke läßt sich beim besten Willen nicht überbrücken. Das eine die Oberfläche, die nur 8. März der Gesamtwahlerschaft vorportet, sich für berechtigt hält, den Rechten alles zu geben und den Armen nicht nur den Glauben an soziale Gerechtigkeit gründlich auszutreiben, sondern ihnen obendrein Lafsen aufzubürden, die sie zur Verzweiflung bringen müssen.

So unzufrieden es wäre, einem Sozialisten a. T. Schwierigkeiten zu bereiten, so moralisch berechtigt ist die Anwendung des Streiks gegenüber allen Plänen brutaler Unternehmerwillkür, die auf Grund von in Notverordnungen wurzelnden Anregungen, die nie zwingendes Recht sein können, durch Lohnabbauversuche ihren Profit zwar auf bequemste Art vergrößern, der Gesamtwerktschaf aber keinerlei Vorteil bringen würden, da sie ja bloß eine Verzögerung, keinesfalls Mehrung der Kaufkraft im Gefolge hätten.

Herrn v. Papen mag das Schredgespenst der Sozialisierung, wie sie im Ausbauprogramm der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften als einziger Ausweg aus dem Goghats des Wirtschaftskrisis ihren Niederschlag findet, manch schlaflöse Nacht bereiten, sie kommt, weil das Rad der Entwicklung sich nun einmal nicht mehr zurückschrauben läßt. Er mag auch mit Sorgen dem Tag entgegengehen, der die Beschäftigung seiner Vermutung bringt, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem erledigt ist, wenn der Plan seiner Regierung, die Wirtschaft anzukurbeln, scheitert.

Auffstiegsweise wird verpflichtet! Denn nur das Bewußtsein solidarischer Verbundenheit aller Schaffenden, nur der lebendige Wille, eine vernunftgemäße Lafsenverteilung herbeizuföhren, nicht zuletzt aber das moralische Recht, für die werktätige Bevölkerung menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen, zwingt auch die noch Arbeitsstehenden, endlich die Scheuklappen abzustreifen und der Diktatur in jeder Gestalt, sei sie bolschewistisch, faschistisch oder autokratisch, die Existenzbasis zu entziehen. Darum u. h. der Volksentscheid vom 6. November zu einem Tag des Volksgerichts über Suntergebnisse und Staatsstreikler werden!

Mürnberg.

Artur Stahl.

### Zweierlei Nebenverdienste

„Nebenverdienst?“ So fragt kurz und pflichtgemäß der Berechnungsbeamte des Arbeitsamtes den am Jahrlag seinen Jahrlagen vorweisenden Arbeitslosen. Aber die Verpflichtung zur wahrheitsgemäßen Beantwortung dieser Frage ist der Arbeitslose genügend aufgeklärt; als letztes und wirksamstes Aufklärungsmittel wird ihm in den heiligen Hallen des Amtes noch ein schwarzes Brett vor Augen geführt, mit darauf geschriebenen abschreckenden Beispielen, die ihm daran erinnern, welche Strafen seiner harren bei etwaiger nebenverdienstlicher Heimlichkeitserei. In wofol einen schweren Gewissensstift gerät da solch

ein armer Teufel, der nach langer Arbeitslosigkeit durch einen unerhörten Glückszufall mal 6 M. nebenverdienst hat. Er bezieht für sich und seine Frau eine wöchentliche Unterstüfung von 15 M.; hieron muß er an Miete und sonstigen laufenden Ausgaben monatlich 40 M. begahlen, so daß ihm zum Lebensunterhalt ganze 20 M. verbleiben. Vollständig heruntergekommen, ist er glücklich, nun nach langer Zeit die 6 M. verdient zu haben. Aber da kommt das Arbeitsamt und verlangt von ihm die Hälfte seines Nebenverdienstes, denn nach Paragraph 500a) darf der Nebenverdienst nur 20 Proz. seines Unterstüfungsbetrages betragen und was darüber ist, daß ist von Abel. Nun hebt der Konflikt an! Gegen welches Gesetz soll er sich nun vergehen, gegen das formale und den Nebenverdienst verheimlichen, oder gegen das natürliche der Existenzrechte und dann die so bitter notwendigen 3 M. dem Arbeitsamt ausliefern? Die Beantwortung dieser Frage überläßt man am besten den Magern und Hütern dieses Gesetzes, indem man sie gleichzeitig in eine solche Situation bringt.

Wie so oft tut sich auch hier zwischen formalem Gesetz und natürlichem Recht eine ungeheure Kluft auf. Und kein Handeltreibender wird sich um deren Überbrückung kümmern, ihm gilt geschriebenes Gesetz mehr als ungeschriebenes Recht. Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß der Gesetzgeber mit diesem Gesetz etwaigem Mißbrauch einen Riegel vorstüben will, und es mag auch genug Fälle geben, in denen dies bringen erforderlich ist, soll nicht die Allgemeinheit mehrfach geschädigt werden. Aber alles mit Unterstüfung, hier muß ein Ausweg und Ausgleich geschaffen werden; das obige Beispiel zeigt, wie am Buchstaben des Gesetzes das Recht gebrochen kann.

Zum Glück gibt es noch ein andres Gesetz, nach dem Nebenverdienste nicht so streng gemessen werden. Da ist zum Beispiel der Beamte, der zufolge seiner „wohlerworbenen Rechte“ pensioniert wird und nun noch den Drang nach Beschäftigung verspürt. Ganz gewiß ist, namentlich bei Unterbeamten, das Ruhegehalt oft so knapp, daß sie auf ein Nebenkommen nicht verzichten können und es daher tröhrt und ungerecht wäre, ihnen dies erschweren oder verwehren zu wollen. Andererseits aber gibt es ungezählte Fälle, in denen die nebenverdienstliche Tätigkeit pensionierter Beamter eine schwere Schädigung der Allgemeinheit bedeutet. Nicht nur, daß durch den Arbeitslosen ungenügende Arbeitsmöglichkeiten entzogen werden, sondern auch durch die in diesen Fällen nicht zu rechtfertigende Inanspruchnahme der öffentlichen Mittel. Hier schiebt kein Gesetz einen Riegel vor, es respektiert eben, „wohlerworbenen Rechte“, und keine Verböde greift hier ein; im Gegenteil kann man eher noch von einer Begünstigung reden — weil sich eben Kräfte keine Augen auskuchen. Nicht selten übertrifft das „Nebenkommen“ pensionierter Beamter deren Ruhegehalt um ein Mehrfaches. Hohe, und höchste Beamtenkategorien sind, wie ihr „gutes Recht“, neben ihnen „wohlerworbenen Rechten“ noch eine sehr einträgliche Hauptbeschäftigung auszuüben. So hindert auch ein Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. sein von Beruf wegen doch besonders gepflegtes Rechtsempfinden nicht an der Ausübung einer Rechtsanwaltspraxis. Derartige Fälle sind in allen Beamtentabellen zu verzeichnen und jeder könnte weitere Beispiele anführen.

Wenn wir die von Gesetzes wegen gezeigte Behandlung dieser beiden Arten von „Nebenverdiensten“ miteinander vergleichen, so eröffnen sich uns höchst interessante Rechtsausblicke. Stellen wir zunächst einmal fest, daß die Tätigkeit des Arbeiters in ihrer Bedeutung für die Allgemeinheit doch der der Beamten mindestens gleich zu achten ist. Der Arbeiter erhält den Staat, während der Beamte ihn verwaltet. Für diese Tätigkeiten macht der Arbeiter Menschenrechte geltend, während der Beamte sich mit „wohlerworbenen Rechten“ begnügt. Aber wie sich zeigt, gelten vor dem Gesetz die letzteren mehr als die ersteren. Der Erwerbslose, auf Staatsmittel angewiesene Arbeiter wird unter einer Existenzminimum gehalten, wobei ihm unter Strafanordnung unterlagt wird, das notwendige Minimum zum Leben zu erreichen. Menschenrechte, die solches erfordern, kennt das Gesetz nicht. Dagegen ist dem ausgedienten und durch Staatsmittel auf eine auskömmliche Existenz gehaltenen Beamten erlaubt, seine Existenz nach Kräften und Belieben zu bessern, ohne hierdurch Nachteile befürchten zu müssen. Hier handelt es sich allerdings um „wohlerworbenen Rechte“, und die kennt und schützt das Gesetz.

Nun werden naive, rechtsunerfahrene Gemüter die Frage erheben: „Wie ist so möglich?“ Solchen sei geantwortet, daß eben „wohlerworbenen Rechte“ auch auf dem Papier stehen, und was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen, und das können die Beamten daher auch „getrost“ machen. Dagegen sind solche Dinge wie „Menschenrechte“ höchst imaginäre Begriffe, sie hängen zwar nach Schiller unverwundlich und unzerbrechlich, wie die Sterne selbst, in dem Himmel. Wenn nun auch manche in den Sternen lesen können, so ist es dennoch ganz unmöglich, solches Geschriebenes nach Hause zu tragen, und deshalb müssen die Arbeiter denn auch einfluchen, „durch die Höre“ nach den Sternen guden. Schließlich werden sie ja dann wohl doch das Ausstüßlose einer solchen Aussicht erkennen und einsehen, daß Menschenrechte niemals auf dem Weg des Gesetzes erreicht werden, sondern auf dem Weg, den der Dichter bezeichnet: „Wenn der Gedrückte nitgends Recht kann finden, wenn unerträglich wird die Last — greift er hinauf getrockneten Nutes in den Himmel und holt herunter seine ewigen Rechte.“ Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben!

Hannover.

I. S.

### Korrespondenzen

**Bamberg, (Handfeger.)** In unserer Versammlung am 17. September konnten wir einen Bericht des Kollegen Siederhaff von der Handfegerkonferenz in München entgegennehmen. Der Kassenbestand ist zufriedenstellend. In seinem Schlusswort freilich Vorherrscher Kuhn die neue Notverordnung (Wahljahr der Studenten u. a.), was uns Arbeitern zu denken geben sollte, und die für uns so wichtige Anlage A.

**Wohnum.** Der Einladung zur Bezirksversammlung am 18. September waren die auswärtigen Kollegen trotz schlechter Witterung zahlreich gefolgt. Leider ließ der Besuch vom Bezirksortort viel zu wünschen übrig. Aus dem geschäftlichen Teil war ersichtlich, daß unser Bezirk von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit stark in Mitleidenschaft gezogen ist. Nach Genehmigung des gedruckt vorliegenden Kassenberichts und Entlastung des Kassierers ging der Vorsitzende mit den Restanten scharf ins Gericht, die in unverantwortlicher Weise die finanziellen Schwierigkeiten der Organisation noch verschärften. Der bevorstehende Werteljahresabschluss wird für manchen Kollegen entscheidend sein für seine weitere Zugehörigkeit zum Verband. Gausvorsteher Vöschner referierte sodann über das Thema „Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften“. Die heutige Wirtschaftskrise sei nicht auf Europa beschränkt geblieben, selbst Amerika, das mit seiner ungeheuren Produktion den europäischen Kontinent zu verdrängen suchte, zählte fast 13 Millionen Erwerbslose. Die letzte Notverordnung mit dem Einbruch in das Tarifwesen werde weiterhin die Lebensrechte der Arbeiter beschneiden, aber denjenigen Kreisen die Augen öffnen, die durch dauernde Zerplitterungspolitik die Kampfkraft der Arbeiter schwächen. Die irrgen, auf törichte Wortgläubigkeit beruhende Ausnahme der baldigen Machtübernahme durch Hitler hatten auch schon Kollegen bewogen, ihre Beitragszahlung einzustellen. Diesen Verirrten müsse gesagt werden, daß es noch lange nicht so weit ist und auch niemals so weit kommen wird, wenn die Arbeiterklasse eine geschlossene Masse bildet. Mit dem Kampfruf „Freiheit“ schloß Kollege Vöschner seine vor trefflichen, beifällig aufgenommenen Ausführungen. Für RWD-Kundschreiben und Einladungen zu Sonderkonferenzen zeigte die Versammlung kein Interesse.

**Donaueschingen.** Am 18. September fand die Herbstversammlung der Schwarzwald-Druckorte des Bezirks Freiburg statt. Bezirksvorsitzender Scherer (Freiburg) konnte die Anwesenheit von 43 Kollegen aus den Orten Bonndorf, Donaueschingen, Furtwangen, Neustadt und Billingen feststellen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten sowie Bekanntgabe eines Kundschreibens des Verbandsvorstandes fand die Ehrung von vier Kollegen für 25jährige Mitgliedschaft statt; es sind dies Peter (Bonndorf), Tilger (Donaueschingen), Hermann und Wiesler (Neustadt). Kollege Scherer überreichte den Jubilaren die silberne Verbandsnadel und verband damit herzliche Worte des Dankes für ihre Treue zur Organisation, zugleich richtete er aber auch eine ernste Mahnung an die jüngere Generation, mit dem Vorbild dieser alten Kämpfer jederzeit für die Interessen ihres Verbandes einzutreten. Als nächster Punkt folgte ein Vortrag unseres Gausvorstehers Reibel über das Thema „Gegenwartsaufgaben der Gewerkschaften“. Zum ersten Male hatten wir Gelegenheit, unsern neuen Gausvorsteher, der an Stelle des verstorbenen Kollegen Sandfort auf dem Kontinentaler Goutag gewählt wurde, kennen zu lernen. Mit Befriedigung können wir feststellen, daß wir den rechten Mann auf den richtigen Platz gestellt haben. Kollege Reibel geißelte eingangs seiner Ausführungen in scharfen Worten die derzeitige Unternehmerpolitik. Schrumpfende Kaufkraft durch planmäßige Schwächung der Lebenshaltung der Werktätigen ist das Ergebnis einer luzifertigen und unverantwortlichen Wirtschaftsführung. Der Redner freilich sodann die letzte große Verordnung der Reichsregierung, die Vorteile zugunsten der Unternehmer, der auf der andern Seite nur schwere Lasten und Verschlechterungen der Arbeiterschaft gegenüberstehen. Gewerkschaftliche Solidarität und Disziplin sollen ein Bollwerk sein, um neue Gewaltmaßnahmen der privatkapitalistischen Wirtschaft abzuwehren. Mitarbeit jedes einzelnen ist not-

## 50 Jahre Verbandsmitglied



Franz Ab. Wolfrath in Hamburg  
Eingetret.: 30. Juli 1882  
„Hamburger Fremdenblatt“



Herm. Vorhofsz in Hamburg  
Eingetret.: 18. September 1882  
„Hamburger Anzeiger“



Hermann Großke in Hamburg  
Eingetret.: 18. September 1882  
„Seit Invalide“



F. E. Hegner in Hamburg  
Eingetret.: 1. Oktober 1882  
„Hamburger Fremdenblatt“



Rud. Kosnapp in Hamburg  
Eingetret.: 6. Oktober 1882  
„Seit Invalide“



Hugo Horn in Dresden  
Eingetret.: 9. Oktober 1882  
„Seit Invalide“

wendig, um die Belange der Gewerkschaften zu wahren bzw. einem weiteren Ziel näherzuführen. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Von der Diskussion, in der manches noch geklärt wurde, wurde lebhafter Gebrauch gemacht. Der Vorsitzende schloß die schön verkaufte Veranstaltung mit Worten des Dankes. — Eine gemeinliche Mittagstafel mit anschließendem Spaziergang in die nähere Umgebung der Stadt hielt die Kollegen noch bis zur Abfahrt der Züge zusammen.

**Autoburg-Sandorn.** Am 3. September fand unsere dritte diesjährige Bezirksversammlung in Oberhausen statt. Eingangs der Versammlung ehrten die Anwesenden mehrere verstorbene Mitglieder. Vorsitzender Müstlen machte zunächst Mitteilung über organisatorische Angelegenheiten. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Der Antrag auf Entlastung des Bezirkskassierers fand einstimmige Annahme. Dann referierte unser zweiter Gausvorsteher Fette über das Thema „Unre Aufgaben nach der Wahl“. Die Weimarer Verfassung als ideales Vorbild zeichnend, die Ministermode Erzberger und Rathenau als Angriff gegen die Verfassung feststellend, unruhig Kollege Fette ein Bild der Bemühungen der Reaktion, immer wieder gegen die Verfassung zu kämpfen. Dann rief er uns die einzelnen Vorgänge in der Epoche der Wahlen bis zur letzten Reichstagswahl ins Gedächtnis. Das muttergütliche Verhalten der „Eisernen Front“, trotz der vielen feigen Worte an Angehörige unserer Bewegung, sollte erkennen lassen, wie überaus notwendig es ist, die gesamte Arbeiterkraft ihr zuzuführen. Im folgenden Teil des Referats illustrierte dann der Referent die Vorgänge der allerletzten Zeit. Der Regierungswechsel, die Ausführungen Papens in Münster, die Notverordnung mit all ihren Begleiterscheinungen wurden einer scharfen Kritik unterworfen. Alle diese Tatsachen, die die sozialen Einrichtungen der deutschen Arbeiterschaft aufs schwerste bedrohen, sollen jeden erkennen lassen, daß unversöhnliches Zusammenstehen in gemeinsamer Abwehr der Angriffe auf den Marxismus Hauptbedingung ist. Wir sind alle Sachwalter der Geschicke, wir haben alle bis zur letzten Minute dafür einzustehen, daß die Einrichtungen der Arbeiterschaft nicht zertrümmert werden. Der überaus große Beifall, der dem Kollegen Fette zuteil wurde, bewies die Übereinstimmung mit dem Gehörten. Der letzte Tagesordnungspunkt blieb der Regelung von Angelegenheiten organisatorischer und informatorischer Inhalts vorbehalten.

**Düsseldorf.** In unserer Bezirksversammlung am 16. September widmete Vorsitzender Führling fünf Kollegen, die im Monat August starben, gedenkende Worte und gedachte auch der proletarischen Opfer, die im politischen Kampf vor der Wahl gefallen sind; die Versammlung hatte sich zum Gedanken der Toten von den Vätern erhoben. Unter „Gesellschaftlichen Mitteilungen“ gab dann Kollege Führling Auskunft über eine irdliche Angelegenheit, das Düsseldorf Arbeitersekretariat betreffend. Eine endgültige Stellungnahme kann erst später erfolgen, da eine Ortsausführung zur Arbeitersekretariatsaufhebung noch einmal Stellung nehmen wird. Als dann gab der Vorsitzende Kenntnis von den Unternehmungen des Vorstandes, um Verhelfterklärung des „Vornahms Abzweckens“. Im Anschluß daran referierte Gausvorsteher Kuhn über das Thema „Die Regierungsmassnahmen über die Aufgabe der Arbeiterschaft“. Bezugnehmend auf die Ereignisse der letzten Wochen legte sich der Referent mit der Auffassung über die Begriffe Demokratie und Diktatur auseinander. Die Steigerung der Reaktion sei der Ausdruck der Diktatur der Arbeiterklasse. Die Regierung arbeite auf die Restauration der Monarchie hin und das Programm dürfe nicht isoliert oder einzeln betrachtet werden, da es der Anfang von dem ist, was noch folgen soll, es bedeutet, daß der deutsche Imperialismus ein Stück weiter kommen will bei der Eroberung seines Platzes an der Sonne. Die Notverordnung beginne mit einem Gehens an die Großgrundbesitzer durch das raffinierte System der Kontingentierung der agrarischen Produkte. Man verhöbere den Export und steigere die Preise im Inland, während man dafür sorgen müßte, daß der Binnenmarkt durch Mehrumsatz steigt. Die Senkung der Einkommen bedeute Schwächung des Binnenmarktes, und das Programm Papens müsse an den Widerständen, die sich aus dem geschwächtesten Ein-

### Sprache und Buchdrucker

Allein die Tatsache, daß die Sprache das elementarste Verständigungsmittel der Menschen ist, dürfte dem Buchdrucker besonders Veranlassung geben, sich mit Liebe und Fleiß dem Sprachstudium zu widmen. Keinem Handwerker kommt eine gute Kenntnis der Muttersprache so zustatten, wie gerade dem Seher, dem Maschinenfeger und nicht zuletzt dem Korrektor. Eigentümlicherweise ist auch in unserm Beruf der Interessententzwei für sprachliche Studien verhältnismäßig klein, trotzdem schon öfters in Fachkreisen mit Nachdruck betont wurde, daß auch eine sichere Kenntnis der deutschen Rechtschreibung durch Sprachstudium erlangt werden kann. Besonders das Verstehen der deutschen Rechtschreibung und die Erklärung vieler Fremdwörter wird durch fremdsprachliches Studium sehr gefördert. Deshalb ist der jetzt in unsern Kollegentreifen wiederholte Aufruf zur Beteiligung an Sprach- und Rechtschreibkursen sehr berechtigt.

Die Muttersprache lernt man erfahrungsgemäß am leichtesten beim Studium einer Fremdsprache, weil man dabei nicht nur die Grammatik der fremden Sprache studiert, sondern erst recht den grammatikalischen Aufbau der deutschen Sprache gründlich erforschen muß. Die irrgen Meinungen, erst einmal die Muttersprache richtig zu erlernen, ehe man eine fremde Sprache erlerne, ist immer noch weit verbreitet. Wichtig ist, daß beim Studium einer Fremdsprache gleichzeitig erst das gründliche Lernen der deutschen Sprache erfolgt. Die höheren Lehranstalten haben nicht aus Liebe zum Ausland das Studium der französischen, englischen oder der lateinischen und griechischen Sprache in den Lehrplan aufgenommen. Viel mehr bezweckt der fremdsprachliche Unterricht, daß die Schüler in die Tiefen und

Feinheiten der deutschen Sprache eindringen, den deutschen Wortschatz und seine überaus vielseitige sprachliche Anwendungsmöglichkeit formgerechter anwenden können.

Welche Fremdsprache sollte der Buchdrucker erlernen? Nach redlichem Bemühen, als ehemalige Volksschüler die englische, französische und lateinische Sprache zu erlernen, fand ich vor Jahren die günstigste Gelegenheit zum Studium der Welthilfssprache „Esperanto“. Dabei sammelte ich gute Erfahrungen. Das Erlernen dieser Kunstsprache verursacht dem Studierenden die geringsten materiellen Kosten, die wenigsten psychischen Schwierigkeiten und gewährt ihm dabei die besten Aussichten auf vielseitigen, praktischen Erfolg. Mituricenten versichern mir, daß sie nach jahrelangem Studium nationaler Fremdsprachen geringe praktische Anwendungsmöglichkeiten feststellen mußten und schließlich Esperanto erlernten, wenn sie eine internationale Korrespondenz mit mehreren Ländern aufnehmen wollten. Hinzu kommt die Erkenntnis, daß man eine nationale Fremdsprache nur dann vollkommen und richtig lernt, wenn man längere Zeit in dem betreffenden Land verweilen kann. Dagegen kann jeder Esperanto lernen und ganz gefläufig anwenden, ohne ein fremdes Land aus diesem Grund aufzusuchen. Bei internationalen Esperantokonferenzen ist diese Feststellung mannigfaltig bestätigt worden.

Nach viermonatigem, regelmäßigem Studium der in 70 Ländern verbreiteten Welthilfssprache Esperanto war es mir möglich, eine umfangreiche Auslandskorrespondenz durchzuführen und mit jedem Esperantisten gefläufig esperanto sprechen zu können. Die schriftliche Verbindung mit japanischen, amerikanischen, dänischen, italienischen, englischen, französischen, spanischen, russischen, ungarischen und österreichischen Esperantofreunden hat mir schon viel

Freude bereitet und viel Wissenswertes vermittelt. Die materielle Auswirkung einer solchen Korrespondenz kommt durch Austausch von Zeitungen und Bildern, durch Sammeln von Briefmarken und seltener Geldscheine, Ansichtskarten, Photos usw. zur Geltung. Die Krönung einer derartigen internationalen Verbindung wird immer der harmonische Gedanken- und Sachaustausch mit den Schicksalsgefährten der alten und neuen Welt bleiben.

Ohne fanatische Propaganda für Esperanto zu betreiben (es ließe sich noch sehr viel Nützliches dazu sagen), kann man jedem, der eine Fremdsprache erlernen will, raten, sich zum Esperantostudium zu entschließen, wenn ihm nicht irgendwelche Gründe zwingen sollten, seien es berufliche oder familiäre, eine nationale Fremdsprache zu erlernen.

Die Möglichkeit, Esperanto zu lernen, ist fast überall durch die Esperantistenvereinigungen gegeben, in denen dann auch eine dauernde sprachliche Fortbildungsgelegenheit durch regelmäßige Zusammenkünfte gewährleistet ist.

Die um Recht und Freiheit ringende Arbeiterschaft hätte besonders Veranlassung, dem Grundlag treuer Anhänger zu werden: Neben der Muttersprache nur eine Fremdsprache, und zwar die völkerverbindende Welthilfssprache Esperanto.

Alle Kollegen, die sich ungetriebene Freude an ihrem Beruf erhalten wollen, werden neben den notwendigen fachlichen Bildungsurufen auch die Sprache, mit der sie ihr Beruf so innig verbindet, nicht vernachlässigen. Durch das interessante Studium einer Fremdsprache kann jeder Buchdrucker ein Pfleger und Keimiger der deutschen Sprache werden. Ausdauer, Luft und Liebe bilden auch hier, wie bei allen guten Bestrebungen, den harmonischen Dreiklang, der tonangebend ist für einen sicheren Erfolg.

Waldenburg i. Schl. F. Kinner.

kommen, den verzerrten Außenmärkten und dem gedrosselten Binnenmarkt ergeben, scheitern. An die Unternehmer würden in mehrfacher Form Millionengelder gemacht, für die Arbeiter schaffe man Sondergerichte, und der abgebauten Unterstützung folge die Arbeitsdienstpflcht. Aber alle diese Gesetze bedeuten noch lange nicht, daß die Krise behoben wird. Die Arbeiterschaft müsse sich zusammenschließen, trotz des formalen Wertes der Auffassung von Demokratie und proletarischer Diktatur, denn die Frage laute nicht nur auf Kampf gegen Papen, sondern Erhaltung der Gewerkschaften und sonstige Organisationen der Arbeiterschaft. Man müsse zu dem alten Kampfmittel der Gewerkschaften, dem Streik, greifen. Die Gewerkschaften müßten aus der Auffassung der Verhandlungen zurückgehen in die Sphäre des Kampfes und des Sieges. Reicher Beifall belohnte diese Ausführungen. Als erster Disziplinierungsinstanz erstattete Kollege **W a l e h l i** Bericht vom Antikriegskongress in Amsterdam, zu dem er delegiert war. Kollege **K e i n s t ä d t e r** ging näher auf die Kürzung des Lohnes durch die Notverordnung ein. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die am 10. September abgehaltene Versammlung der Düsselbacher Buchdrucker protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Scredensurteile der Sondergerichte und fordert die sofortige Aufhebung der Urteile sowie die Freilassung der Bezugsstellen und aller anderen proletarischen politischen Gefangenen. Weiter fordern wir die Aufhebung der Verbote der proletarischen Zeitungen. Die Versammlung protestiert gegen die Papennotverordnung und fordert die Gewerkschaftsinstanzen und die gesamte Arbeiterschaft zum härtesten Kampf gegen dieselbe auf.“ Unter dem Punkt „Kassenbericht“ wurde die Entlassung des Geschäftsführers ohne Diskussion erteilt. Während unter dem letzten Tagesordnungspunkt eine Aufnahme getätigt und einige Überträge der Verkleinerungsabteilung befristet wurden, sah sich der Geschäftsführer gezwungen, gegen 13 Kollegen den Ausschluß wegen Nichterens der Beiträge zu beantragen. Die Versammlung stimmte diesen Ausschüssen zu, jedoch mit dem Vorbehalt, daß der Ausschluß rückgängig gemacht wird, wenn sich die Kollegen in kurzer Frist bereit erklären, ihre Rente zu begleichen. Mit einem Appell an die Kollegen, in den Betrieben für regen Versammlungsbesuch zu agitieren, fand die Versammlung ihren Abschluß.

**E l b i n g.** In unserer **V e r s a m m l u n g** am 17. September gedachte Vorsitzender **B e r n d t** des verstorbenen Kollegen **Ernst Hesse**, der unser ältestes Ortsvereinsmitglied war. Ein letzter Appell wurde an einen Kollegen gerichtet, seine Beiträge zu begleichen. Einen breiten Raum nahm die Notverordnungsproblematik der Regierung Papen ein, die selbst vor dem Tarifrecht nicht halt macht. In seinen Ausführungen gab Kollege **Brandt** einen kurzen Überblick und verzerrte die arbeitgeberfeindliche Haltung der Baronsregierung. Wir sollten uns keinen Illusionen hingeben; was jetzt geschieht, seien nur eitel Spiegelfechtereien, sogar der Rundfunk werde jetzt mehr denn je zur Beeinflussung des Volkes im Sinne ihrer Regierung mißbraucht. Es entspann sich eine lebhafteste Diskussion, in der sich die Redner mit aller Schärfe gegen das heutige Regime aussprachen. Sehr scharf verurteilt wurde die Haltung der Gewerkschaften. Ihre Haltung der Regierung gegenüber sei zu lau, dem Unternehmertum gegenüber zu nachsichtig. Die breite Masse sei in den letzten Jahren eingeschläfert worden, es gelte daher, sie wieder zu wecken, wieder Kämpfer aus ihr zu machen. Es muß der Wille klarer und eindringlicher vor Augen gehalten werden, was auf dem Spiel steht. Die Reaktion bereite sich immer mehr auf den letzten Schlag vor, es gilt diesen zu parieren. Die Gewerkschaften müßten aus ihrer Reserve herausgehen und wieder Kampforganisationen werden. Auch die Buchdrucker müßten mehr Aktivität zeigen. Die empörte Stimmung der Kollegen fand ihren Ausdruck in folgender Entschiedenheit, die einstimmig angenommen wurde: „Die am 17. September 1932 tagende Versammlung des Ortsvereins **E l b i n g** im Verband der Deutschen Buchdrucker nimmt mit Entrüstung von den vorliegenden Tarifauforderungen in letzter Notverordnung der Regierung Papen Kenntnis und protestiert gegen diese Maßnahmen. Sie verlangt von den Verbandsinstanzen, daß sie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Kampf gegen diese Notverordnung aufnehmen. Die Versammlung fordert, daß auch im Korrespondent in Zukunft gegen diese Notverordnung ausführliche Stellung genommen wird und in weitgehendem Maße für die Aufklärung der Kollegen Sorge getragen wird.“ (Zuschriften dürften sich auch unsere Kollegen davon überzeugt haben, daß an energischer Abwehr der schlimmsten Eingriffe des Notverordnungsabtritts in die Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch die Verbandsinstanzen gefehlet ist, was nur irgendwie im Bereich des Möglichen lag. Aber nicht bloß die Instanzen müssen ihre Pflicht restlos erfüllen, sondern auch die Mitglieder. Beide gehören zusammen; jede Untergrabung des gegenseitigen Vertrauens und Vertrauensvergiftet und vernichtet nur das Gewerkschaftsleben. **S c h r i t t e i t u n g**). Unter „Verkleinerung“ wurde das unverständliche Gebaren des Städtischen Verlehrsamts bemängelt, das Druckereien nach außerhalb verbannt, trotzdem die **E l b i n g e r** Druckereien leistungsfähig genug sind und arbeitslose Kollegen am Ort auf Beschäftigung warteten.

**E s s e n.** Unsere gut besuchte **V e r s a m m l u n g** am 18. September nahm den in ausführlicher Weise gegebenen Geschäftsbericht über das zweite Vierteljahr entgegen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Vorsitzender **B o h n i n g** in warm empfundenen Worten des Ablebens zweier Kollegen. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils zu dem Hauptpunkt übergehend, kennzeichnete der Vorsitzende in seinem Bericht die wirtschaftliche, gewerkschaftliche und politische Lage. Der Verlauf und das Ergebnis der Tarifverhandlungen habe im Bezirk Enttäuschung und Empörung ausgelöst. Man hätte mit der Einführung der Vierzigstundensuche gerechnet. Gutzuheißen sei aber nicht die in einem Ortsverein des Beziets geübte Selbstzensur. Diese sei kein geeignetes Mittel, denn an und für sich verständlichen Anmut über das Ergebnis Ausdruck zu geben. Diese werde sich nur gegen die arbeitslosen Mitglieder aus, denen man damit die Mittel zu ihrer Unterstützung entzieht. Der Arbeitslosenstand hat sich im Bezirksquartal nicht geändert. 241 Kollegen, gleich rund 32,4 Proz., sind arbeitslos; die Hälfte der Erwerbslosen befindet sich im Alter bis zu

25 Jahren. Bei dem Bestreben, das Schicksal der jugendlichen Erwerbslosen zu mildern, ihrer fleißigen Not zu begegnen, steht der freiwillige Arbeitsdienst im Vordergrund. Um zu verhüten, daß die Jugend ins andre Lager übergeht, wird auch der **ADGB** seinen Einfluß geltend machen. Die im April aufgenommene Lehrlingsstatistik ergibt einen beträchtlichen Rückgang der Lehrlingszahl. Außerst unerfreulich ist das Ansteigen der rückständigen Beiträge. Wird dieses einerseits mit steigenden Lohnzahlungen begründet, so ist dieses leider auch dort zu konstatieren, wo diese Begründung nicht vorhanden ist. Der Verbandsvorstand habe sich veranlaßt gesehen, in einem Rundschreiben auf die diesbezüglichen Bestimmungen hinzuweisen. In seinen weiteren Ausführungen beleuchtete der Referent die innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und kennzeichnete das Wirken des amtierenden Kabinetts der „aufbauwilligen“ Kräfte. In der kurzen Zeit seines Bestehens hat es verheerend gewirkt auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Rentenerziehung für das bedürftige Volk. Erschreckend ist die Zahl der Rentenerziehungen und -kürzungen; verheerend, was aus der Arbeitslosenversicherung gemacht worden ist. Als letztes nun der Angriff auf das Tarif- und Schlichtungswesen. Hier werden die Gewerkschaften und die in ihnen vereinigten Arbeitermassen an ihrem Lebensmark getroffen. Im kommenden Wahlkampf werden wir die mühsam aufgebauten Tarifrechte zu verteidigen haben, und auch die Buchdrucker haben alle Ursache, sich mehr als bisher aktiv zu betätigen. Die anstehende lebhafteste Ansprache befaßte sich weniger mit dem Bericht, als entsprechend der politischen Einstellung der Redner mit der Beurteilung der politischen Lage. Dabei wurden zum Teil Wege aufgezeigt, die zu gehen, wobei nicht im Interesse einer geschlossenen, von Erfolg begleiteten Abwehr liegen dürfte. Ein aus der Mitte der Versammlung gestellter Antrag, Delegierte zu einer von dem Bezirk **Düsseldorf** einberufenen Konferenz zu bestimmen, kam nicht zur Abstimmung, da auf Grund eines Rundschreibens des Gauvorstandes diese Tagung als wilde Konferenz nicht die Sanktion der Organisation finden kann wegen der in ihr liegenden Spaltungstendenzen.

**H a m b u r g.** In unserer **V e r s a m m l u n g** am 21. September ehrte Vorsitzender **K r. K u n h e r** zunächst das Andenken von 12 verstorbenen Kollegen und gab dann die Zahl der zur Zeit erwerbslosen Kollegen mit 1509 bekannt. Nach Erledigung weiterer interner Angelegenheiten referierte der Vorsitzende des Ortsvereins **H a m b u r g** des **ADGB**, **J. E h r e n t e i l**, über „Die Papen-Notverordnung“. In einstimmigen, scharf pointierten Ausführungen gab der Referent eine instruktive Aufklärung über die heutige politische und soziale Lage und präziserte die Stellungnahme der freien Gewerkschaften zu den Lage der Arbeiterschaft in Deutschland (sachgefährdenden Notverordnungen). Zugleich hielt er den Unratscharakter ihrer seit Jahren schon begangenen Sünden vor und trat in temperamentvoller Weise für das Volksbegehren der **SPD** ein. Die Papenregierung und die Nationalsozialisten seien sich vollkommen einig in der Bekämpfung der Arbeiterschaft und in dem Willen, alle sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit wieder aus der Welt zu schaffen. Die **SPD** werde die **KPD** vor die Alternative stellen, ob sie während des Volksbegehrens und der kommenden Reichstagswahl Zugeständnisse halten und den Kampf gegen den Faschismus und die Reaktion gemeinsam mit der **SPD** führen will oder ob sie in diesem Augenblick den Kampf gegen die Sozialdemokratie weiterreiben will. Wir werden die Kommunisten zwingen, Farbe zu bekennen. Das Vorgehen der **SPD**, mit dem Volksbegehren und die Aktion des **ADGB** sind außerparlamentarische Mittel, die jetzt mit Erfolg angewandt werden können. Dazu bedarf es aber einer einheitlichen Arbeiterschaft. Ehrenteil brachte sodann die neueste Statistik über den augenblicklichen Stand der Erwerbslosigkeit zur Kenntnis, die ganz Schwere der Situation kennzeichnet. Wir Gewerkschaften wollen Gerechtigkeit für Fuß stehen, um der Papenregierung die volle Verantwortung für die Notverordnung betreffs Steuererhöhungen und Subventionen zu überlassen und sie ihren Vorwand zu geben, das Scheitern ihrer Pläne etwa den freien Gewerkschaften in die Schuhe zu schieben. Aber wir wollen und müssen die Papenregierung auf dem Weg der Arbeitsbeschaffung weiterziehen im Interesse unserer Erwerbslosen. Unser Kampf gegen die Eingriffe in die Tarifrechte und die sonstigen damit verbundenen Verschlechterungen geht weiter. Wir müssen in den Betrieben den Guerillakrieg entfesseln, ja er wird bereits in diesem Sinn geführt. Wie der Lohn, so die Leistung. Am diesen Kampf erfolgreich durchzuführen zu können, muß Disziplin und immer wieder Disziplin von allen gefordert werden. Starker Beifall der Mehrheit belohnte die Ausführungen Ehrenteils. An der Aussprache beteiligten sich drei oppositionelle Kollegen, die ihren bekannten Standpunkt vertraten. Einer (Freischmann) erklärte, er sei nicht gegen ein Volksbegehren, aber dieses Minderheit sei ein Volksbetrug. (Der Volksentscheid mit den Deutschnationalen und Stahlhelm war für die **KPD**, was nach Auffassung über die tarifrechtlichen Folgen der Notverordnung für die Buchdrucker und sagte baldige und öftere Abhaltung von Vertrauensmännerversammlungen zu. Im Schlußwort fertigte der Referent die Debattierenden in sachlicher Weise ab, ihnen die ganze Hoheit ihrer Instanzen und Ausführungen vorhaltend, und klarte über die Einzelheiten auf, wie die freien Gewerkschaften sie verstehen. Mit dem Ruf „Freiheit“ schloß Ehrenteil unter lebhaftem Beifall der Mehrheit und starkem Lärm der Minderheit. Folgende Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen: „Die am 21. September 1932 versammelten Buchdrucker **H a m b u r g**-**A l t o n a**s erklären: Die Verordnung vom 4. und 6. September zur Bekämpfung der Wirtschaft usw., die von der Regierung selbst als letzten Versuch bezeichnet wird, dem bankrotten Kapitalismus auf die Beine zu helfen, kann diese Voraussetzung nicht erfüllen, sondern wird zur weiteren Aufzucht desselben beitragen. Statt Seibung der Kaufkraft der breiten Massen werden ihnen alle Kosten der Verordnungsauferlegt. Wir geloben, diesen Anschlag mit aller Kraft zu bekämpfen und alles zu tun, um durch Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft dem gegenwärtigen System des sozialen Unrechts ein Ende zu bereiten.“ Ein Antrag Freischmann (Opposition), einen Vortragsabend mit dem Thema „Der soziale Aufbau und die Lage in der Arbeiterschaft in der

**Abt. A.** zu veranstalten, wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Ein Antrag **Z w i n g e r** und **Genossen** auf Ausschluß von Mitgliedern der **NSDAP**, wurde nach kurzer Aussprache, an der sich vier Redner beteiligten, einstimmig dem Verbandsvorstand überlassen. Ein Antrag **R u h n a u** forderte die Abhaltung eines außerordentlichen Verbandstages und die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen **NSD.**-Kollegen. Nachdem Kollege **K u n h e r** den Antrag bekämpfte und die Ausschließungen auf dem Weg des Einzelantrags verwiesen hatte, wurde der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt. Die weiteren Tagesordnungspunkte wurden vertagt. Die stark besuchte Versammlung wurde erst gegen 11 Uhr geschlossen.

**K ö l n.** Zu den Jubilaren, die auf eine 60jährige Mitgliedschaft in unserm Verband zurückblicken können, gestellte sich am 1. Oktober unser Kollege **F r i z M o m m**. Auch in dieser von Zwietracht und Spannungen geschwängerten Zeit soll der Kollegen in unsern Reihen nicht vergessen werden, die in allen Lagen der auf- und absteigenden Gewerkschaftsbewegung ihren Mann gestanden haben. Dazu gehört **F r i z M o m m**. Einer von denjenigen, die es nicht lieben, in das Licht der Öffentlichkeit gerückt zu werden und die keine besondere Leistung in ihrer Tätigkeit für die Organisation sehen, alles als ihre Pflicht und als eine Selbstverständlichkeit betrachten. Sein züchtiges, verbindliches Wesen, sein lauterer Charakter und seine stete Hilfsbereitschaft haben ihm viele Freunde erworben. Mäander wählende Kollege hat, als er **K ö l n** passierte und seine Unterfertigung auf der Ortsverwaltung holte, ein praktisches Beispiel von Solidarität durch die offene Hand unseres Jubilars mit auf der Weg genommen. Und so wird mancher reisende Kollege bei allem Suchen nach der einstufigen Bedeutung und Romantik der Landstraße sich des Kollegen **M o m m** gern erinnern. Geboren am 1. Mai 1854 in Duisburg, beendete er dort am 1. Oktober 1872 als Geher seine Lehrtätigkeit. Am gleichen Tag trat er dem Verband bei. 1873 bei der Tarifbewegung ausgeperrt, kam er nach **E s s e n**, wo er erst im „**Beobachter**“ und später bei **B a e d e r** konfitionierte. Dort wurde er 1886 bei Einführung des Tarifs wiederum ausgeperrt. **M o m m** fand dann in der damaligen **G a u d r u d e r e i** („**Beobachter**“) Stellung. Er wurde erst ausführend in der **G a u v e r w a l t u n g** (die damals noch in **E s s e n** war) beschäftigt und auf dem **G a u t a g** in **Düsseldorf** im April 1908 fest angestellt. Am 1. Oktober 1928 schied er wegen hohen Alters aus und lebt seitdem im Ruhestand. **G a u**- und **Bezirksvorstand** gebadeten ehrend des Jubilars, und der **G a n g e r e i n** „**G u t e n b e r g**“ übertraf ihm mit einem Ständchen. Wir wünschen Kollegen **M o m m** noch einen recht langen beschaulichen Lebensabend in geistiger und körperlicher Frische.

**K ö l n.** Bei der Firma **D i t t o E n t e**, Geschäftsbüchereifabrik und Buchdruckerei, ist am Sonnabend, dem 24. September, das Buchdruckerpersonal in den **S t r e i k** getreten. Anhängliche Tarifverträge, die vor dem Tarifgerichtsamt, zum größten Teil vor dem Arbeitsgericht ausgetragen wurden, dazu ein selbstherrliches Regiment des **Ente** jun. hatten schon seit langem eine maßlose Erbitterung bei der Arbeiterenschaft hervorgerufen. Die restlose Beilegung der **A l e m i n i m u m b e z a h l u n g** bei 40stündiger Arbeitszeit, die diktatorisch angeordnet wurde, tat das übrige. Dem **Ente** den Boden schlug aber der Anschlag auf Grund der Papennotverordnung aus, laut dem von der **SPD** bis 40 Arbeitsstunden der Lohn um 20 Proz., in der darauf folgenden Woche aber um 30 Proz. gekürzt werden sollte. Der Einspruch des Betriebsrats wurde verworfen. Verhandlungen am ersten Streittag ergaben als Resultat, daß die Firma den Anschlag zurückziehen und auch den einbehaltenen Lohn zurückzahlen wolle, aber keine Garantie bot, in Zukunft vom Lohnabzug Abstand zu nehmen. Die Streikbrecher sollten im Betrieb bleiben und die verlorene Arbeitsstunden nicht bezahlt werden. Am Montag trat das Buchdruckerpersonal ebenfalls in den **S t r e i k**. Wiederum fanden Verhandlungen im Beisein unseres **G a u v o r s t a n d e s** keine Teile, die sich günstig anließen, dann aber jäh abgebrochen wurden, da die Firma alle Bergleichungsvorschläge ablehnte. Eine am dritten Streittag gepflegte Verhandlung führte ebenfalls nicht zum Ziel, da die Geschäftsleitung erklärte, den Lohnabzug wohl rückgängig machen zu wollen, aber die gesamte Einstellung des ausständigen Personals sei ausgeschlossen; der Betriebsrat werde nicht mehr anerkannt, das Arbeitsverhältnis sei ein neues und die Streikbrecher werden nicht entlassen. Gegen den Ortsvereinsvorsitzenden, **Verband**, **Betriebsrat** und **Arbeiterstreikrat** wurde **Schadenhaftigkeit** anhängig gemacht. Außer zwei stehengebliebenen Verbandsmitgliedern, von denen eines das **B e r e i c h s** seines **Z u n s** einnahm und die Arbeit später einstellte, ist es der Firma gelungen, eine Anzahl Streikbrecher (Nichtverbandsmitglieder) in den Betrieb zu ziehen, die in im Betrieb aufgestellten **W e t t e n** ihr **K a d i s t a n z** fanden. **F u e r b i n g s** haben sich auch **G u t e n b e r g** übernahm als Streikbrecher eingefunden. Der Kampf geht weiter. Der Ortsverein beschloß, bis auf weiteres **W** freiwilligen **E r t r a g** zu erheben und gegen die beiden Verbandsmitglieder, die sich der Firma als Streikbrecher zur Verfügung stellten, den Ausschluß beim **G a u v o r s t a n d** zu beantragen.

**W e i p z i g.** In unserer sehr gut besuchten **G a u m i t g l i e d e r v e r s a m m l u n g** am 19. September sprach der stellvertretende Vorsitzende des **ADGB**, **W i l h e l m G e g e r t**, über „Gewerkschaftliche Arbeit und Kämpfe in der Gegenwart“. Er begann seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Bedeutung des **K r i s e n k o n g r e s s e s** des **ADGB** und des **A r b e i t s b e s c h a f f u n g s p r o g r a m m e s** der freien Gewerkschaften. Heute stehe eine außerordentlich zugepointete wirtschaftliche, sozialpolitische und deutschpolitische Situation im Vordergrund. Die Kräfte der Reaktion versuchen das Gebilde der Wirtschaft wieder zu rekonstruieren. Sie führen dabei einen Schlag gegen die Errungenschaften der Arbeiterschaft. Bei der Anlage, die wir erhoben, haben die Gegner darzutun versucht, daß die privatpolitische Wirtschaft aus sich selbst heraus gefunden müßte, dabei müßte sie allerdings von den staatlichen Fesseln freigemacht werden. Die Auffassung, als sei die Krise ein beständiges Produkt, ist falsch, sie ist nichts anderes als ein Defizit der Weltwirtschaftskrise, die gar nichts mit innerweltlichen Verhältnissen zu tun hat. Der Redner wies an Bergleichszahlen den **Z u l a m e n b r u c h** der Weltwirtschaft nach. Die Frage, ob das bestehende System das Arbeitslosenproblem lösen könne, müßten die Gewerkschaften mit einem **N e i n** beantworten. Darum haben sie die Forderung aufgestellt,

der Staat habe die Pflicht, Wege zu erfinden, diese Arbeitslosigkeit zu mildern. Die Frage, ob der Staat Kräfte frei machen könne, werde bejaht, wenn die Banken sich entschließen würden, die Arbeitsbeschaffung unter Berücksichtigung der Sicherung der Währung auf die denkbar beste Weise zu unterstützen. Reichsbankpräsident Luthar habe den Plan der Gewerkschaften abgelehnt mit dem Hinweis auf die Gefahr des Absinkens der Währung. Ohne Herrn Stegerwald in Schutz zu nehmen, müsse der Verantwortliche selber feststellen werden, daß er bereit war, eine öffentliche Arbeitsbeschaffungsanstalt auszusprechen. Doch ehe es dazu kam, brach das Kabinett Brünning zusammen. Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, die Kräfte aufzuzeigen, die diesen Regierungsturz herbeigeführt haben. Es sind in der Hauptsache jene Landwirter mit ihrem Einfluß auf Hindenburg in Neubad gewesen. Mit dem jetzigen Junkerministerium beginnt jene Epoche in der wirtschaftlichen Geschichte, die spätere Zeiten besser beleuchten können. Jetzt auf einmal ist die Arbeitsbeschaffung Kernpunkt der Regierungsarbeit. Allerdings muß das ein Weg gegangen werden, der fernab liegt von dem der Gewerkschaften. Es ist das antisozialistische Arbeitsbeschaffungsprogramm. Wenn der Staat eingreifen müßte, wäre das kapitalistische System gefährdet, es wäre der Anfang sozialistischer Experimente. Und so ist ein Programm entstanden, das nach verschiedenen Seiten kritisiert werden kann. Es gibt der kapitalistischen Wirtschaft Milliarden aus dem Staatsfiskus. Es entzieht in der kapitalistischen Wirtschaft den unerhörtesten Konkurrenzkampf und in der Arbeiterkassen den Kampf um den Arbeitsplatz. Es gibt dem Unternehmertum eine neue Chance. Hierzu gibt auf einmal auch der Reichsbankpräsident Luthar seine Zustimmung. Er stellt mittelbar die Reichsbank in Hilfestellung zu diesem Problem. Eggert beleuchtete das Papenprogramm in seinen entscheidenden Gesichtspunkten und bemerkte, in seinen Ausführungsbestimmungen sei ein ungeheuerliches Durcheinander in den Ressorts der Regierung. Dort suchte man dem Plan eine bürokratische Ordnung zu geben und der deutschen Wirtschaft anzupassen. Die Subventionierung der Industrie und die Gewährung von Steuererleichterungen sei falsch und auf das schärfste zu verurteilen. Es liegt im Augenblick nicht an der Finanzierung, sondern am mangelnden Umfang der Wirtschaft. Der Papenplan, darüber sind sich alle einig, ist wirtschaftlich der größte Wucherplan. Man hat dem Unternehmertum eine Chance gegen die Arbeiterkassen geben wollen, weiter nichts. Als das Ungeheuerliche von unserm Standpunkt muß die soziale Gemeinheit angesehen werden, die in diesem Programm steckt. Mit der Beschäftigungsprämie ergibt sich der Kampf im Unternehmertum von selbst. Das Kabinett gibt die angezogenen Ungerechtigkeiten zu, aber man will zur Arbeitszeitverkürzung ansetzen. Die ungeheuerliche Maßregel dabei ist die Möglichkeit der Lohnzurückhaltung. Aber den Kampf um den Arbeitsplatz hat die Regierung bewußt in Rechnung gestellt. In Zukunft wird nun ein Kleinkrieg vor den Arbeitsgerichten anbrechen. Der Kampf gegen die Notverordnung wird im Augenblick in die Betriebe verlagert. Aber auch hier rechnet das Papenprogramm mit der Möglichkeit, daß der Hunger in die Betriebe treibt. Große Massen umfassende Bewegungen sind jetzt schwer möglich, aber dort, wo die Arbeiterkassen gegen die Bebrüdung ankämpft, wird sie auch der Bundesvorstand mit allen Mitteln unterstützen. Dazu gehört auch der politische Kampf in Deutschland. Aber wenn wir in der Zukunft den politischen Kampf um uralte Gewerkschaftsfragen führen, dann müssen die Gewerkschaften dazu Stellung nehmen, um ihre Interessen zu wahren und zu fördern. Es ist nicht Schuld der Gewerkschaftsbewegung, daß sie nur die Sozialdemokratie als treue Waffengefährtin zur Seite hat. Als die Notverordnung herauskam, hat die Sozialdemokratie keinen Augenblick gezögert, mit den Gewerkschaften gemeinsam gegen diesen Plan zu kämpfen. Der Redner schilderte ausführlich die Herbeiführung eines Volksbegehrens gegen den sozialen Teil der Notverordnung und bemerkte, wenn es uns dabei gelingt, unorganisierte aufzuklären und zu gewinnen, dann sei eine große geschichtliche Tat vollbracht. Wenn die Gewerkschaften mit einer Partei Schulters an Schulters den Kampf führen, dann auch Treue um Treue. Jeder Versuch, eine Entzweiung zwischen den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie herbeizuführen, wird an dieser gegenseitigen Treue scheitern. Der Versuch, mit den Kommunisten eine Einigung herbeizuführen, ist gescheitert durch deren Ablehnung, obwohl nur eine Bedingung gestellt worden ist: die Einstellung des Bruderkampfes. Die Verelendung revolutioniert nicht, sondern sie gehobener die Kultur der Arbeiterkassen, desto eher ist sie befähigt, den Befreiungskampf zu führen. Was wir brauchen, das ist eine materiell und geistig gehobene Arbeiterkassen, die in dem kapitalistischen hochentwickeltesten Deutschland den Befreiungskampf bewußt führen kann. Wenn es uns gelingt, unsere Wesensbestandteile über die Krise hinweg intakt zu halten, dann können wir weiterbauen und haben eine Chance, den Anteil der Arbeiterklasse am gesamten Sozialprodukt, der gegenüber der Vorkriegszeit wesentlich gesunken war, noch weiter zu erhöhen. Nach einer kurzen Darlegung des Wirtschaftsprogramms der Nazis und ihrer Stellungnahme zur Gewerkschaftsbewegung kam Eggert zu folgender Schlusssatzfassung: In dem gegenwärtigen Kampf fallen mit die wichtigsten Entscheidungen für die Gewerkschaften. Es ist notwendig, die SPD zu härten, um in Zukunft eine größere Macht in den politischen Körperlichkeiten zu erhalten. Wir wollen alle Chancen ausnützen. Darum ist es ebenso notwendig, mit dem Herzen wie mit dem Verstand der Führung der deutschen Gewerkschaften zu folgen. Der Kampf, der jetzt politisch ausgefochten wird, muß zu einem entscheidenden Sieg führen. Die Verarmung, die den Interessanten und durchaus aktuellen Ausführungen äußerst gespannt gefolgt war, belohnte den Referenten mit starkem Beifall. In der Aussprache versuchte Kollege Böttcher den Mitgliederzustand der Gewerkschaften nicht allein auf die Krise zurückzuführen, sondern auf die angeblich einseitige politische Bindung der Gewerkschaften an die SPD. Nach einem wirtschaftspolitischen Ausflug nach Sowjetrußland kehrte er wieder nach Deutschland zurück und kritisierte die Haltung der Gewerkschaften zu den Problemen der Jetztzeit. Obwohl ein Massenstreik nicht alle Tage geführt werden könne, müsse man doch zugeben, daß gerade der rasche Entschluß während

des Rapp-Puffches zum Erfolg geführt habe. Nachdem ein kommunistischer Kollege das noch einmal nachgesprochen hatte, was Böttcher schon darzulegen, begründete Kollege Hessele Barth eine Entschleunigung des Gewerkschaftes. Im Schlußwort widerlegte Kollege Eggert die oppositionellen Ausführungen Böttchers und forderte die verarmten Kollegen auf, weiterhin ihre ganze Kraft zur Stärkung der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzusetzen. Nachmals folgte harter Beifall, und im Anschluß daran wurde folgende Entschleunigung mit übergroßer Mehrheit zum Beschluß erhoben: „Die am Montag, dem 19. September 1932, im Leipziger Volkshauss verarmten Buchdrucker sprechen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund sowie dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für ihre tatkräftige Haltung gegenüber der Papenregierung in der Frage des Lohnraubs und der Unterdrückung der Presse ihr vollstes Vertrauen aus. Die Verarmten sind sich bewußt, daß diese beiden zentralen Führergruppen des deutschen werktätigen Volkes alles aufbieten, damit die der Arbeitnehmerschaft auferlegten Lasten und Unterdrückungen habdilig wieder beseitigt werden. Die Verarmten bringen zum Ausdruck, daß sie gewillt sind, Schulters an Schulters mit der übrigen deutschen Arbeiterkassen gegen die diktatorischen Maßgeschäfte der Papenregierung den Kampf aufzunehmen. Der deutschen Arbeiterkassen rufen die verarmten Leipziger Buchdrucker zu: Werdet wieder einig, stellt euch geschlossen hinter die Führerschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Deutschen Sozialdemokratischen Partei. Hoch die Solidarität und Disziplin! Freiheit!“ Nachfolgend erstattete Kollege Hessele Barth den Vereinsbericht. Unre Arbeitsmarktlage ist in den letzten Monaten mit 2800 Arbeitslosen stabil. Im sonstigen kennzeichnet sich die wirtschaftliche Lage durch die Stilllegung weiterer Betriebe. Der Arbeitslosstand bei der Firma Breitkopf & Härtel, über den im „Korr.“ schon berichtet worden ist, wurde eingehend geschildert. Einige Streikbrecher, die sich dort eingefunden hatten, aber nach der Beilegung des Konflikts wieder entlassen worden waren, wurden einmüßig aus der Organisation ausgeschlossen. Über eine Unterbringung in der Leipziger Maschinenfabrikvereinigung wurde ausführlich gesprochen. Der ungerechtere Kandidat wurde ebenfalls einmüßig ausgeschlossen. Um den Arbeitslosen zum Weihnachtstfest eine kleine finanzielle Unterstützung zu gewähren zu können, hat der Gewerkschaften einen gestellten Extrabeitrag für die noch vollarbeitenden Kollegen ausgeschrieben, der auch restlos abgeführt worden ist. In der Aussprache kritisierten zwei Kollegen die Ausschreibung des Extrabeitrags und brachten Entschleunigungen ein zum Preisverbot und zur Wiedereinnahme ehemals ausgeschlossener AWO-Kollegen. Die Verarmung ging darüber zur Tagesordnung über und solidarisierte sich mit der Haltung und den Maßnahmen ihrer Organisationsleitung.

### Allgemeine Rundschau

**Drucksachen- und Bildmaterialsendung der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft.** Wie uns vom Vorstand der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft mit der Bitte um einen entgegenstehenden Hinweis mitgeteilt wurde, geht an die Genossenschaftsmitglieder demnächst eine Materialsendung ab. Diese enthält den Geschäftsbericht der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft über das Rechnungsjahr 1931, zwei Sonderdrucke „Wenden die Motorräder in Ihren Betrieben?“ und „Kraft! Die Beiträge zur Haftpflichtversicherung sind ermäßigt worden!“ sowie das Unfallversicherungsbild Nr. 294 „Gefährliche Sicherungen gefährden Haus und Hof“.

**Auf dem Dummensgang.** Wie uns mitgeteilt wurde, versendet ein gewisser Martin Knauff aus Körle (Bezirk Rassel) an stellvertretenden Buchdruckergehilfen ein Schreiben, in dem er darauf hinweist, daß sich dem betreffenden Interessenten ein viel lohnenderes Betätigungsfeld bietet, wenn er eine eigene Druckerei, und zwar eine Zeitungsdruckerei, gründet. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Sie brauchen dazu bestimmt nicht mehr Geld als nur 2 bis 300 M. Sie verwenden dazu eine Vorbildzeitung, die ich Ihnen billig liefere. Dabei verdienen Sie bei der Tageszeitung pro Abonnement 1 M. im Monat. Sie haben alsdann eine Einnahme und verdienen 5mal soviel als wenn Sie in irgendeiner Buchdruckerei arbeiten. Sie benötigen bloß eine Tiegeldruckpresse und ein wenig Schriftmaterial; dies erhalten Sie für wenig Geld heutzutage. Sie müssen sich alsdann in einer kleinen Stadt niederlassen und hier dann eine Zeitung gründen.“ Dieses „menschenfreundliche“ Angebot läßt mit Bestimmtheit erkennen, daß es sich hier um ein plumpes Täuschungsmanöver handelt. Da aber unter den heutigen traurigen Zeitverhältnissen mancher nach jeder sich bietenden Gelegenheit greift, um aus dem Arbeitslosenstand herauszukommen, sei hier ausdrücklich vor dem völlig ausichtslosen Knauffischen Angebot gewarnt.

**Zeichen der Zeit.** In „Alimfischs Druckeranzeiger“ war kürzlich folgendes eigenartige Inserat eines stellvertretenden Gehilfen zu finden:

Inzerieren bringt Gewinn und ich. Freim Betrieb Vorteil!  
Ich bin am 21. Nov. 1909 geboren und habe bei 9. S. Witz in Landau, Pfalz, vom 5. Mai 1924 bis 1. Mai 1932 Schriftgießer

gelernt und habe die Gehilfenprüfung mit dem Prädikat „Sehr gut“ bestanden und bin in allen Arten des Handlages am durchgebildet. Nach Beendigung meiner Lehrzeit war ich in den verchied. Betrieben Südwestdeutschlands tätig. Bin mit den besten Jenannten ausserkelt und meine Einkommen wurde laut Verordnung vom 5. September 1932 mit 400 RM. gekürzt.  
Nunmehr, so will ich, bin ich, wenn der junge Pflüger dem Betrieb, nach dem er in solch raffinierter Weise inschauen hält, nichts Besseres zu bieten vermag, als die fragwürdige Aussicht auf die 400-M.-Einstellungsprämie der Papenregierung, so läßt das darauf schließen, daß es trotz rellamerhafter Anpreisung mit seinem beruflichen Können nicht weit her ist. Wer sich als Buchdrucker seiner technischen Brauchbarkeit würdevoll bewußt ist und einen Funken solidarischer Verbundenheit mit seinen Schicksalsgenossen verpflirt, der verzichtet darauf, unter Berufung auf die

Papensche Notverordnung mit ihren ungeheuerlichen Eingriffen in die Lebenshaltung der Arbeiterklasse sich einen Arbeitsplatz zu ergattern.

**Allgemeine Buchbinderausperrung?** Wegen Tariflohnabbau trat vor einigen Tagen die gesamte Belegschaft der Großbuchbinderei Siele & Co. in den Ausstand. Daraufhin beschloß der Verein Leipziger Buchbindereibesitzer die Ausperrung über die örtlichen Buchbindereien zu verhängen, um so dem vermeintlichen Tarifbruch der Arbeiter zu begegnen. Es handelt sich um 200 Personen. Um die Wirkung dieser Ausperrungsandrohung zu verstärken, beantragten die Unternehmer bei ihrer Kreisleitung, die Ausperrung über die Großbuchbindereien ganz Deutschlands zu verhängen. Ein neuer Beweis dafür, daß die Anfurberung der Wirtschaft erreicht werden soll durch brutalen Lohnbruch auf die gesamte Arbeiterkassen. Von einem Berliner Amtsgericht ist inzwischen wegen des Lohnstreiks bei der Leipziger Großbuchbinderei Siele & Co. gegen den Verband der Buchbinder in Berlin eine einstweilige Verfügung erlassen worden, in der dem Antragsgegner verboten wird, den in den Streit getretenen Arbeitnehmern der Firma die direkte oder indirekte, fälschliche, moralische und finanzielle Unterstützung zu gewähren. Ferner wird dem Antragsgegner aufgegeben, es zu unterlassen, den Streit weiter zu organisieren und durchzuführen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß bei der betroffenen Firma der tarifliche Zustand durch Aufforderung der Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit wieder herbeigeführt wird.

**Schließung von Parteidruckereien in Polen.** Die rabiate ukrainische Bauern- und Arbeiterpartei „Selbro“ in Galizien ist verboten und aufgelöst worden. In allen Städten und Dörfern wurden in den Parteifunkeln und den Redaktionen ihrer Zeitungen und Zeitschriften Hausdurchsuchungen vorgenommen und die Führer der Partei sowie das Redaktionspersonal verhaftet. Die Druckereien der Parteiblätter wurden geschlossen und verriegelt, so daß die Blätter nicht erscheinen können und das Druckereipersonal arbeitslos geworden ist. In Lodz wurden zwei geheime kommunistische Druckereien und in Warschau ebenfalls eine kommunistische Druckerei entdeckt, in der das illegale kommunistische Organ „Rote Elektrizität“ gedruckt wurde. — Der Redakteur Edward Zajoncziel aus Bielsk, der sich jetzt länger als einem Monat ohne jede Anklage in Haft befindet, ist in den Hungerstreik getreten und soll polnischen Zeitungsmedien zufolge vor dem Hungertod stehen. Zajoncziel hat unter dem Pseudonym Kregim seit dem Jahr 1926 nicht weniger als 150 Prozesse über sich ergehen lassen müssen.

**Schlichterkonferenz.** Am Mittwoch traten in Berlin die Schlichter aus dem Reich zu einer Besprechung zusammen. Aber ihren Verlauf wurde folgendes amtlich mitgeteilt: Dem Reichsarbeitsminister berichteten die Schlichter über ihre Erfahrungen bei der Durchführung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschäftigung. Die allgemeine Meinung war, daß die stellenweise sich ergebenden Schwierigkeiten, die übrigens in der Öffentlichkeit übertrieben wurden, keinen Anlaß geben, an der Verordnung oder an den Maßnahmen, die bisher den Schlichtern erteilt worden sind, etwas zu ändern. Da jetzt auch die Anwartschaft auf die Beschäftigungsprämie wirksam geworden ist, rechnen die Schlichter mit zahlreichen Neueinstellungen von Arbeitern für die nächste Zeit.

**Notwendigkeit einer europäischen Währungsunion.** Kürzlich fand in Basel der diesjährige Paneuropäer Kongress statt. In dessen Währungskommission wurde die Frage der Vereinheitlichung der europäischen Währungen geprüft. Der Berliner Bankier Hans Fürstenberg hielt das einleitende Referat, aus dem hier folgende Gedankengänge mitgeteilt sind: Vor dem Krieg gab es in Europa 21 verschiedene Währungen, während jetzt 30 vorhanden sind. Internationale Maßnahmen werden heute als selbstverständlich betrachtet. Auf dem Gebiet der Währungen stehen wir noch tief im Mittelalter. Es ist dringend notwendig, daß Europa zu einer Mingeinheit kommt. Dies geschieht, muß eine Anzahl von Ländern die Währungsseinheiten ändern. Als Vorbild könnte die heutige belgische Währung gelten. Zu dieser Mingeinheit, die man „Europa“ nennen könnte, und die verhältnismäßig klein sein muß, würden dann die einzelnen nationalen Währungsseinheiten, deren völlige Vereinheitlichung jetzt noch nicht erreichbar sein wird, in ein möglichst einfaches Verhältnis treten. Es dürfte sich empfehlen, die Währungsseinheit „Europa“ auf 20 Goldcentimes bzw. 16 Pfennige festzulegen. Vor dem Krieg stellte der Franken der lateinischen Mingeinheit die kleinste Währungsseinheit dar. Jetzt liegen nur zwei Drittel der Währungssysteme Europas unter der Mingeinheit des alten Franken. Mit der Verfeinerung der Währungsseinheiten könnte eine genau bestimmte Verminderung des Geldwertes auf internationaler Basis einhergehen. Eine schriftliche Vereinheitlichung der Statuten der einzelnen europäischen Notenbanken wäre die weitere Folge. Dies könnte dazu dienen, einem später zu schaffenden europäischen Zentralnotenorgan die Wege zu ebnen. Diese Vorschläge Fürstenbergs erscheinen durchaus beachtenswert. Sie würden die Voraussetzung schaffen helfen, die europäische Wirtschaft zu vereinheitlichen und für die Zukunft krisenfester zu gestalten.

**Vom Arbeitslosenstand in Amerika und in Deutschland.** Nach den Feststellungen der Spitzenorganisation der amerikanischen Gewerkschaften ist die Arbeitslosigkeit in USA auf 11,5 Millionen gestiegen. Diese außergewöhnliche Steigerung von beschäftigungslosen Menschen in diesem von der Natur reich gesegneten Land gibt ein Bild von dem Niederbruch der dortigen Wirtschaft. In Deutschland beträgt die sichtbare und unsichtbare Arbeitslosigkeit zusammen 7,2 Millionen. Die Arbeitslosigkeit ist hier im Verhältnis noch höher als in den Vereinigten Staaten. Die beiden großen Industrieländer weisen im Hochsommer, was beachtet werden muß, rund 19 Millionen Arbeitslose auf. Der Wert der kapitalistischen Wirtschaft für die Menschheit wird durch diese Lebenssituation deutlich illustriert.

**Die Zahl der jugendlichen männlichen Arbeitslosen.** Die Nachanfrage für Arbeitslosenversicherung hat am 30. Juli 1932 eine Sondererhebung über die Arbeitslosigkeit der männlichen Jugend durchgeführt. An diesem Tage waren bei den Arbeitsämtern 1.036.096 männliche ju-

